



**Niederschrift der Sitzung des Schulausschusses
am Mittwoch, 25.04.2018 von 18:00 bis 21:15 Uhr
Ort: Kleiner Sitzungssaal, Rathaus am Stadtpark**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Wilhelm Bohnstengel	SPD	
--------------------------	-----	--

stellv. Vorsitzende/r

Herr Eike Baran	SPD	
-----------------	-----	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tobias Bögershausen	Lehrervertreter	
Herr Christoph Böhmman	CDU	
Frau Melanie Buhr	SPD	
Frau Renate Geuter	SPD	Vertreterin für Hubert Schrand
Herr Linus Grave	Schülervertreter	
Frau Katrin Hardenberg	Elternvertreterin	
Herr Karl-Heinz Krone	CDU	Vertreter für Jan-Gert Roter
Herr Dennis Löschen	SPD	Vertreter für Heike de Buhr
Frau Marlies Preuth	CDU	
Herr Gerd Stratmann	CDU	
Herr Andreas Tameling	FDP	
Frau Marianne von Garrel	CDU	
Herr Bernd Wichmann	CDU	Vertreter für Silke Diekhaus

Beratende Mitglieder

Herr Helmut Strey	Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen	
-------------------	--	--

Verwaltung

Frau Heidrun Hamjediers	Erste Stadträtin	
Frau Marina Meemken		
Herr Sven Stratmann	Bürgermeister	

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Heike de Buhr	SPD	
Frau Silke Diekhaus	CDU	
Herr Jan-Gert Roter	CDU	
Herr Hubert Schrand	SPD	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Wilhelm Bohnstengel eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Schulausschusses, insbesondere die Eltern-, Lehrer- und Schülervertretung, die Vertreter der Verwaltung, die Presse sowie die zahlreichen Zuhörer. Besonders freut er sich über die Teilnahme von Herrn Strey vom Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Daraufhin stellt der Ausschussvorsitzende die fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift wird bei 6 Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers berichtet, dass Schulleiterstellen nach Beschluss der rot-schwarzen Landesregierung gestärkt und attraktiver gemacht werden sollen. Schulleiter an Grundschulen, die noch nach der Tarifgruppe A 12 Z besoldet werden, erhalten ab kommendem Schuljahr ein höheres Entgelt nach der Beamten-Besoldungsstufe A13. Die Stellenausschreibungen der Schulleiterstellen der Grundschulen Edewechterdamm, Neuscharrel und Hohefeld wurden daher erneut mit Besoldungsgruppe A 13 ausgeschrieben.

Frau Hamjediers informiert weiter, dass die Schulleitung der Grundschule Gehlenberg die Nutzung der Oberwohnung beantragt hat. Insbesondere aufgrund der zunehmenden Ganztagsbeschulung benötigt die Schule weitere Räumlichkeiten. Nach Rücksprache mit dem Ordnungsamt soll zunächst der Familiennachzug abgewartet werden, um einschätzen zu können, wie viele Personen untergebracht werden müssen. Im Sommer/Herbst 2018 soll die Angelegenheit erneut besprochen werden.

Die Erste Stadträtin erklärt, dass das Gesetzgebungsverfahren für die KIP II-Mittel (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz), die für Schulsanierungen eingesetzt werden sollen, begonnen hat. Für die Stadt Friesoythe wurden Mittel in Höhe von ca. 478.000,00 € in Aussicht gestellt. Fraglich ist noch, welche Fördergegenstände abgedeckt sind und welche Rahmenbedingungen das Gesetz fordert. Eine Verabschiedung des Gesetzes soll im Mai stattfinden. Gegebenenfalls sind diese Einnahmen in einem Nachtragshaushalt aufzunehmen.

Frau Hamjediers beschreibt im Folgenden geplante Änderungen im Bereich der Förderschulen. Schulträger können bei der Schulbehörde beantragen, dass sie bestehende Förderschulen im Förderschwerpunkt Lernen im Sekundarbereich I bis längstens zum Ende des Schuljahres 2027/2028 fortführen dürfen. Der Landkreis hat bereits verschiedene Gespräche zur Fortführung des Schwerpunktes Lernen an den Förderschulen geführt. Angedacht sind Anträge für alle Förderschulen zu stellen oder eine Schwerpunktschule in Cloppenburg einzurichten. Die Stadt Friesoythe hat sich nach Rücksprache mit den Schulleitungen der weiterführenden Schulen für eine Fortführung des Schwerpunktes Lernen an der Elisabethschule ausgesprochen. Die weiteren Beratungen des Landkreises Cloppenburg bleiben abzuwarten.

Darüber hinaus berichtet die Erste Stadträtin von Schwierigkeiten bei der Aufnahme von nicht-deutschsprachigen Kindern im Sekundarbereich I. Bisher werden die Kinder in der Real- und Oberschule betreut. Das Gymnasium hat kurzfristig zwei Schüler unterrichtet, die die Schule bereits wieder verlassen haben.

In der Realschule und Oberschule gibt es verschiedene Modelle zur Sprachförderung. Beide Schulen arbeiten mit dem Bildungswerk und der BBS zusammen, erläutert Frau Hamjediers.

Da mit dem geplanten Familiennachzug und weiterer Zuwanderung aus Osteuropa zu rechnen ist, fand ein Gespräch mit den Schulleitungen, der Landesschulbehörde und der Stadt Friesoythe statt. Die Real- und Oberschule sind nun an ihre Grenzen gekommen. Das Gymnasium ist nicht bereit, ohne zusätzliche Bereitstellung von Personal, genannte Kinder aufzunehmen. Die Verteilung erfolgt daher weiterhin auf die Ober- und Realschule, fasst die Erste Stadträtin zusammen.

Frau Hamjediers informiert weiter über die Gesetzesänderung zur vorschulischen Sprachförderung. Kinder, deren Deutschkenntnisse nicht ausreichen, um erfolgreich am Unterricht teilzunehmen, sind verpflichtet, im Jahr vor der Einschulung an besonderen schulischen Sprachfördermaßnahmen teilzunehmen. Das geänderte Schulgesetz sieht mögliche Förderungen von der Schule, vorrangig aber vom Träger der Kindertagesstätten vor.

Eine konkrete Regelung soll das neue Kindertagesstättengesetz enthalten. Demnach sollen die Sprachfördermaßnahmen künftig im Kindergarten umgesetzt werden. Voraussichtlich werden dann

deutlich weniger Mittel für diese Förderung vom Land bereitgestellt. Der Gesetzesentwurf wurde auf den Weg gebracht, erklärt die Erste Stadträtin.

TOP 6 Mitteilungen

TOP 6.1 Kooperation zwischen der Gerbert-Schule und der Sophie-Scholl-Schule; Kündigung des Vertrages Vorlage: MV/103/2018

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers berichtet, dass es im gesamten Schulkomplex an der Schulstraße in Altenoythe räumliche Probleme gibt. Die Gerbert-Schule hat aufgrund steigender Schülerzahlen weiteren Raumbedarf angemeldet. Derzeit ist eine Klasse der Sophie-Scholl-Schule im Gebäude der Gerbert-Schule untergebracht. Nach Mitteilung der Schulleitung hat die Kooperation in den vergangenen Jahren besser funktioniert. Wichtig für die Stadt ist es nun erstmal, ihre eigenen Schülerinnen und Schüler unterzubringen. Diese Kündigungsoption ist vertraglich mit dem Caritas-Verein e.V. geregelt. Außerdem hat im Vorfeld ein Gespräch mit Vertretern des Caritas-Vereins e.V. stattgefunden, so Frau Hamjediers.

TOP 6.2 Inklusive Schwerpunktschulen in der Stadt Friesoythe; Antrag auf Weiterführung nach § 183 c Abs. 4 NSchG Vorlage: MV/105/2018

Die Erste Stadträtin informiert, dass die Stadt einen Antrag auf Verlängerung der inklusiven Schwerpunktschulen nach § 183 a Abs. 4 NSchG gestellt hat. Das Thema Inklusion begleitet die schulischen Aufgabenträger beständig. Im Zuge der Inklusion sollten alle Schulen barrierefrei ausgestattet werden. Die Fortführung der Schwerpunktschulen soll als Absicherung dienen. Bisher konnte jedes Kind die gewünschte Schule besuchen.

Ratsfrau Renate Geuter ergänzt, dass in den nächsten Jahren viele (große) Maßnahmen im Schulbereich anstehen. Diese werden barrierefrei gestaltet. Somit wird in den nächsten Jahren eine inklusive Beschulung wohnortnah erfolgen können.

Ratsherr Andreas Tameling stimmt den Ausführungen zu und versteht, dass nicht alles sofort umzusetzen ist. Er regt dennoch an, die Schulen entsprechend der zu unterrichtenden Inklusionskinder auszustatten. Schulen mit vielen Inklusionskindern sollten hier vorrangig behandelt werden.

Bürgermeister Sven Stratmann erklärt, dass bei einem Bedarf an einer Schule kurzfristig die notwendigen Maßnahmen zur Unterbringung der Kinder umgesetzt werden. Langfristig (ab 2024) wird es sowieso Pflicht, alle Schulen inklusiv auszustatten.

TOP 6.3 Zustandsbeschreibung und Sanierungsaufwand der Grundschule Hohefeld Vorlage: MV/112/2018

Die Erste Stadträtin Frau Hamjediers erläutert, dass ein Ingenieur mit der Begutachtung des Gebäudes der Grundschule Hohefeld beauftragt wurde. Der Gutachter hat insgesamt festgestellt, dass das Gebäude nicht sanierungsfähig ist. Für eine Instandsetzung sind mindestens 650.000,00 € zu veranschlagen. In verschiedenen Punkten gibt es konkreten Handlungsbedarf, z.B. bei der Elektrik oder Heizung. Frau Hamjediers stellt die Frage in den Raum, was bei einer Stilllegung des Gebäudes, z.B. durch den Schornsteinfeger passieren soll.

Die Elternvertreterin Katrin Hardenberg erklärt, dass sie gegen eine Schließung der Grundschule Hohefeld ist. Sie ist sich bewusst, dass die Anzahl der Kinder zurückgeht und sieht dahingehend auch Schwierigkeiten zum Fortbestand. Sie schlägt daher vor, einen Arbeitskreis für die Grund-

schule Hohefeld zu bilden. Dort soll eine vernünftige Beratung mit allen Beteiligten erfolgen und eine Entscheidung zur zukünftigen Ausrichtung getroffen werden.

Die Erste Stadträtin weist darauf hin, dass es bei dieser Vorlage allein um das Gebäude der Schule geht. Selbst wenn dort 650.000,00 € investiert werden, gibt es kein gutes Schulgebäude.

Ratsfrau Renate Geuter berichtet, dass die Grundschule Hohefeld bereits häufiger Thema in politischen Diskussionen war. In Gesprächen zum Konjunkturpaket II war die vorherige Verwaltungsführung dagegen in die Grundschule Hohefeld zu investieren, weil der Bestand der Schule nicht gesichert war. Die Schülerzahlenentwicklung ist im Stadtgebiet Friesoythe sehr unterschiedlich. In Hohefeld sind derzeit wenige Schüler; einige Eltern haben sich bereits für die Gerbert-Schule entschieden. Frau Geuter ist es wichtig, den Eltern die Wahrheiten aufzuzeigen und sie im Prozess mitzunehmen. Auch mit einer Investition von 600.000,00 € in die Grundschule Hohefeld erhöhen sich die Schülerzahlen dort nicht. Jetzt müssen Alternativen diskutiert werden. Die Kinder, die momentan die Schule besuchen, sollten sie auch dort beenden. Eine Zukunftsplanung ist jetzt erforderlich.

Ratsfrau Marianne von Garrel bemängelt, dass das Gutachten zu einem schlechten Zeitpunkt in Auftrag gegeben wurde, da es negative Presse gibt und die Viertelzügigkeit ständig Thema ist. Für sie liegt es auf der Hand, dass Mängel entstehen, wenn man in ein 107 Jahre altes Gebäude nicht regelmäßig investiert. Das Gutachten muss zur Kenntnis genommen werden. Dennoch hält sie das Bauwerk für solide, sodass es nicht zusammenbrechen wird.

Frau Katrin Hardenberg ergänzt, dass den Eltern Klarheit wichtig ist. Die Unsicherheit aufgrund der sinkenden Schülerzahlen soll beseitigt werden, in dem ein Arbeitskreis gebildet wird. Eltern müssen die Ängste genommen werden.

Ratsherr Gerd Stratmann hebt die heutige Resonanz, insbesondere aus Hohefeld hervor. Der Arbeitskreis „Heinrich-von-Oytha-Schule“ wurde vor drei Monaten gebildet, da war eine Beteiligung aus Hohefeld nicht absehbar. Für ihn macht es Sinn, den Arbeitskreis um die Eltern aus Hohefeld zu erweitern, damit alle informiert sind.

Bürgermeister Sven Stratmann fasst zusammen, dass es sich um eine sehr emotionale Debatte handelt. Dennoch sollte man sich auf die Fakten und Daten konzentrieren. Alle Beteiligten haben ein Ziel: die Verlässlichkeit und Planbarkeit für Eltern und Lehrer. Verschiedene Datengrundlagen, wie die Schulentwicklungsplanung, das bauliche Gutachten und die Demografiestudie des Landkreises weisen einen Weg. Ihm ist es wichtig, nicht erneut eine Schließung wie in Neuvrees zu erleben. Nach der Schließung gibt es jedoch nun eine sehr positive Resonanz aus Gehlenberg. Insgesamt braucht die Stadt Friesoythe zukunftsfähige und moderne Schulstandorte. Um diese zu schaffen, müssen Lösungen gefunden werden. Letztendlich zeigt die hohe Besucherzahl wie wichtig dieses Thema ist.

Ratsherr Karl-Heinz Krone bittet ebenfalls um Erweiterung des Arbeitskreises durch Hohefelder Eltern. Er ist davon ausgegangen, dass Eltern und Lehrer aus Hohefeld den Weg eines Grundschulneubaus mitgehen. Die heutige Resonanz zeige jedoch eine andere Meinung. Von dieser habe er bisher nichts gewusst.

Ratsherr Eike Baran erkundigt sich nach den kurzfristigen Planungen. Er fragt sich, wie jetzt Lösungen gefunden werden, um den Schulbetrieb sicherzustellen. Das Gutachten weist akute Mängel auf, die mit einer Summe von rund 150.000,00 € zu beheben sind.

Ratsherr Wilhelm Bohnstengel schlägt vor, die Thematik in den Fraktionen zu beraten. Politik und Verwaltung sind sich einig, dass die Stadt Friesoythe gute Schulstandorte benötigt.

Ratsfrau Renate Geuter möchte Szenarien entwickeln, die auf die Stadt Friesoythe als Schulträger zukommen könnten. Auch die Kapazitäten an der Gerbert-Schule sind sehr begrenzt. Wichtig ist es, die Eltern mitzunehmen. Sie ist der Meinung, dass intensive Diskussionen erforderlich sein

werden, um alle Kinder sicher unterzubringen. Sie befürchtet ernsthafte Konsequenzen, sollte ein Schadensfall in Hohefeld eintreten, nachdem die Stadt Kenntnis vom Gutachten hat.

TOP 6.4 Hortangebot in der Grundschule Neuscharrel **Vorlage: MV/113/2018**

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers berichtet von einem Gespräch mit dem Officialat Vechta, der Kirchengemeinde Friesoythe und der Kindergartenleitung aus Neuscharrel. Grundsätzlich sind die Beteiligten offen für eine Hortgruppe. Die Leitung hat jedoch praktische Bedenken (z.B. Vertretung). Die Verwaltung wird mit den Beteiligten im Gespräch bleiben und eine Umsetzung zum Schuljahr 2019/2020 anstreben. Die Kirchengemeinde würde sich ggf. auch finanziell beteiligen.

Ratsfrau Renate Geuter gibt den Hinweis auch über die Finanzierung mit den Eltern zu sprechen. Für eine Hortbetreuung ist, anders als bei der Ganztagsbeschulung, ein Kostenbeitrag fällig.

Die Erste Stadträtin antwortet, dass bereits in der Umfrage auf den Kostenbeitrag hingewiesen wurde.

TOP 7 Bau einer Stellplatzanlage im Bereich Realschule / Großer Kamp West **Vorlage: BV/059/2018**

Die Verwaltung entschuldigt sich dafür, dass die Planung der Stellplatzanlage erst am Dienstag (und nicht wie die anderen Vorlagen am Montag) für die Öffentlichkeit freigeschaltet wurde.

Die Erste Stadträtin erläutert, dass die Parkplätze im Rahmen der Ergebnisse des Arbeitskreises „Ludgeri-Schule“ besprochen wurden. Als erste Maßnahme sollten bereits jetzt zusätzliche Parkflächen am Großen Kamp West entstehen. Ihr ist bewusst, dass viele Anwohner darüber nicht erfreut sind. Die Parkfläche soll nach Fertigstellung wieder begrünt werden. Außerdem ist die jetzige Parksituation vor dem Schulgebäude sehr bedenklich. Der Feuerwehreinsatz beim Reizgas-Vorfall hat erhebliche Missetände aufgezeigt. Die Einsatzkräfte konnten zum Teil nur sehr bedingt das Gebäude erreichen.

Bürgermeister Sven Stratmann ergänzt, dass die Parkplätze die erste Maßnahme zur Vorbereitung des Umzuges der Ludgeri-Schule sind. Die Feuerwehr begrüßt ebenfalls die Verlegung der Parkplätze, da damit auch das Sportgelände besser zugänglich gemacht wird. Derzeit laufen darüber hinaus Gespräche mit dem Tennisverein, der sich eine Erweiterung vorstellen könnte.

Ratsfrau Melanie Buhr erklärt, dass der Arbeitskreis diese Vorgehensweise einstimmig beschlossen hat. Insbesondere in der Bauphase wäre die Parksituation sehr schlecht.

Herr Helmut Strey erkundigt sich, ob in der Parkanlage ebenfalls Behindertenparkplätze vorgesehen sind. Frau Hamjediers antwortet, dass diese Parkplätze in der Nähe des Eingangs geschaffen werden sollen.

Ratsherr Karl-Heinz Krone fragt sich, warum bereits jetzt Parkplätze geschaffen werden sollen. Der Umzug der Schule wird voraussichtlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Außerdem beurteilt er die Baumfällaktion als unglücklich, da Anwohner nicht beteiligt wurden.

Bürgermeister Sven Stratmann kennt ebenfalls die Beschwerden und ist offen für eine Anliegerversammlung. Die Bäume mussten zu einem gewissen Stichtag entfernt werden. Grundsätzlich werden Anliegerversammlungen bei einer finanziellen Beteiligung der Bürger abgehalten.

Ratsfrau Renate Geuter weist darauf hin, dass es sich um einen Parkplatz und keine Straße handelt. Die ersten Maßnahmen zur Vorbereitung des Umzuges sollten ohne zeitliche Verzögerung umgesetzt werden. Die SPD-Fraktion kann dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen.

Für die Erste Stadträtin ist es wichtig, dass die Parkplätze geschaffen werden, um weiterarbeiten zu können.

Ratsherr Karl-Heinz Krone stellt den Antrag die Thematik ohne Beschlussvorschlag an den Verwaltungsausschuss weiterzugeben und vor der Beratung eine Anliegerversammlung durchzuführen.

Ratsherr Christoph Böhmann erkundigt sich, ob der Holstenplatz als Parkplatz in Frage kommt und ob Alternativen diskutiert wurden.

Der Bürgermeister antwortet, dass dieser Platz als Parkmöglichkeit für das angrenzende Wohngebiet genutzt wird. Außerdem ist die Entfernung zur Schule sehr groß.

Ratsfrau Renate Geuter erläutert, dass beide Fraktionen Vertreter in den Arbeitskreis entsandt haben und daher die Empfehlungen mitgetragen werden sollten. Es gibt keine Alternativen zu dieser Maßnahme.

Ratsherr Andreas Tameling weist darauf hin, dass alle Ratsmitglieder über die Ergebnisse aus dem Arbeitskreis in einer interfraktionellen Sitzung informiert wurden.

Bürgermeister Sven Stratmann fragt sich, welche Anlieger konkret eingeladen werden sollen. Die Baumaßnahme soll die Verkehrsströme der Ludgeri- und Realschule trennen und eine Entlastung im Bereich der Dr.-Niemann-Straße schaffen. Des Weiteren sind vom Landkreis Cloppenburg zusätzliche Parkflächen Richtung Elisabethschule geplant.

Ratsherr Bernd Wichmann wundert sich darüber, warum die Öffentlichkeit nicht ausreichend informiert wurde (Planungsskizze). Die Baumfällaktion war nicht glücklich und hat einige Anlieger verärgert. Die weiteren Planungen sollen mit den Bürgern besprochen werden. Sie sollen in einer Anliegerversammlung darüber informiert werden. Da der Umzug nicht sofort erfolgen wird, besteht kein Zeitdruck.

Bürgermeister Stratmann entgegnet, dass die CDU/FDP-Fraktion bisher häufig Bürgernähe, wie z.B. die Bürgerfragestunde zu Beginn von Sitzungen blockiert hat. Ein weiterer Grund für den Baumschnitt war die Sozialkontrolle auf dem Sportplatz. Wenn mehrere Personen Einsicht haben, können die Schwierigkeiten eingedämmt werden.

Ratsherr Karl-Heinz Krone möchte den Antrag ohne Beschluss an den Verwaltungsausschuss geben und vorher eine Anliegerversammlung durchführen.

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen angenommen, 5 stimmen dagegen und 3 enthalten sich.

Die Beschlussvorlage wird ohne Beschlussvorschlag an den Verwaltungsausschuss gegeben. Vor der Beratung im Verwaltungsausschuss soll eine Anliegerversammlung stattfinden.

TOP 8 Bau einer neuen Sporthalle im Kernort Friesoythe **Vorlage: BV/119/2018**

Bürgermeister Sven Stratmann erklärt, dass es in Friesoythe einen Mehrbedarf an Sporthallenkapazitäten gibt. Die Verwaltung hat diesbezüglich ein Gespräch mit Vertretern des Landkreises geführt. Dabei wurde der Standort an der Thüler Straße, nahe des aquaferrums vorgeschlagen. Damit könnte in diesem Bereich ein Sportzentrum (Schwimmbad, Sporthalle, Sportplätze, Bewegungsbad Rheumaliga, Sprungtürme) entstehen. Dieses könnte von den Schulen kombiniert genutzt werden. Da auch die BBS an der Thüler Straße die Halle nutzen könnte, hat der Landkreis Cloppenburg eine Kostenbeteiligung in Aussicht gestellt. Außerdem soll die neu geplante Kinder-

tagesstätte den Schwerpunkt Bewegung bekommen. Zunächst geht es nun darum, dass die Verwaltung den Planungsauftrag für die Sporthalle erhält, weitere Schritte folgen.

Ratsherr Karl-Heinz Krone meint, dass eine neue Sporthalle Friesoythe sehr gut zu Gesicht stehen würde. Von dem Standort ist er noch nicht komplett überzeugt.

Ratsfrau Renate Geuter spricht sich dafür aus, die nächsten Schritte auf den Weg zu bringen. Die Finanzierbarkeit muss im Kontext zu den weiteren Schulbaumaßnahmen stehen.

Ratsherr Dennis Löschen erklärt, dass durch einen Sporthallenneubau in Friesoythe auch die Sporthalle in Altenoythe entlastet wird. Durch die Nutzung verschiedener Vereine aus dem Stadtgebiet sind die Hallenzeiten in Altenoythe sehr knapp.

Ratsherr Wilhelm Bohnstengel ergänzt, dass im gesamten Stadtgebiet um Hallenzeiten „gekämpft“ wird.

Bürgermeister Sven Stratmann erläutert abschließend, dass der Standort an der Thüler Straße favorisiert wird. Die Bebaubarkeit wird im nächsten Schritt geprüft. Das Grundstück kann voraussichtlich nicht für andere Zwecke genutzt werden und befindet sich im städtischen Eigentum.

Der Schulausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig folgende Beschlussfassung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für eine neue Dreifeld-Sporthalle für den Kernort Friesoythe aufzunehmen, wobei der Standort an der Thüler Straße favorisiert wird. Weiter sind die Nutzungs- und Finanzierungsmodalitäten mit dem Landkreis Cloppenburg abzustimmen.

**TOP 9 Zusätzlicher Raumbedarf der Marienschule Friesoythe
Vorlage: BV/104/2018**

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers berichtet, dass die Verwaltung vor einigen Wochen ein Gespräch mit der Schulleiterin der Marienschule geführt hat. Aufgrund der notwendigen Teilung des dritten Jahrgangs, besteht im kommenden Schuljahr ein Platzproblem. Um alle Schüler kurzfristig unterzubringen, wurde vorgeschlagen, den Werkraum zu einem Klassenraum umzugestalten. Um weiterhin Werkunterricht anbieten zu können, soll ein Container aufgestellt werden.

Ratsherr Eike Baran moniert, dass die Kosten für den Container sehr hoch sind. Für mehr als 1.000,00 € pro Monat fragt er sich, ob der Erwerb eines Containers nicht sinnvoller wäre bzw. es andere Alternativen gibt.

Frau Hamjediers antwortet, dass andere Möglichkeiten, wie der Umbau der Aula geprüft wurden, aber nicht möglich sind.

Ratsherr Karl-Heinz Krone fasst zusammen, dass Container nicht ideal sind, aber so eine kurzfristige und einfache Lösung gefunden wurde.

Folgender Beschlussvorschlag wird dem Verwaltungsausschuss unterbreitet:

Aufgrund der wachsenden Schülerzahl wird der Werkraum der Marienschule zu einem Klassenraum umgestaltet. Der Werkraum wird in einen Container ausgelagert. Die jährlichen Kosten in Höhe von ca. 14.064,25 € sowie die Herrichtungskosten werden übernommen.

TOP 10 Umwandlung der katholischen Bekenntnisschulen Gerbert-Schule und Grundschule Neuscharrel in Grundschulen für Schülerinnen und Schüler aller Bekenntnisse
Vorlage: BV/106/2018

Die Erste Stadträtin berichtet, dass auf Antrag der Eltern an der Gerbert-Schule und der Grundschule Neuscharrel erneut Umfragen zur Bekenntnisgebundenheit durchgeführt wurden. Die Abfragen haben ein klares Votum für die Abschaffung des Bekenntnisses ergeben. Da der Elternwille deutlich erkennbar ist, bittet Frau Hamjediens um Abstimmung wie in der Beschlussvorlage vorgeschlagen.

Ratsfrau Renate Geuter ergänzt, dass der Elternwille wichtig ist. Sie ist den Eltern dankbar, dass sie dieses Thema erneut aufgegriffen haben und nun alle Grundschulen in Friesoythe bekenntnisfrei werden können. Dies vereinfache auch das Erfassen der Schulbezirke.

Der Schullausschuss schlägt einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Die Grundschule Neuscharrel und die Gerbert-Schule Altenoythe werden gemäß § 135 Abs. 5 Niedersächsisches Schulgesetz zum Schuljahr 2018/2019 in Grundschulen für Schülerinnen und Schüler aller Bekenntnisse umgewandelt.

TOP 11 Weiterentwicklung der Schullandschaft in Altenoythe - Ergebnisse aus dem Arbeitskreis "Heinrich-von-Oytha-Schule"
Vorlage: BV/114/2018

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediens erläutert, dass ein Arbeitskreis zur Lösung des Raumproblems der Heinrich-von-Oytha-Schule gebildet wurde. Dieser hat über verschiedene Zwischenergebnisse einen Lösungsvorschlag entwickelt. Die Beschlussempfehlung wurde von allen Arbeitskreismitgliedern mitgetragen. Dieser wurde allen Mitgliedern per Mail zugeschickt mit der Bitte Einwendungen zu äußern, die nicht gemacht wurden. Frau Hamjediens bittet darum, ein Zeitkonzept für Hohefeld zu entwickeln, um nicht die gleiche Situation wie in Neuvrees herbeizuführen.

Ratsherr Dennis Löschen bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit im Arbeitskreis. Die Mitglieder haben sich zunächst einen Überblick über die Heinrich-von-Oytha-Schule gemacht. Dieser hat gezeigt, dass die Räume nicht ausreichen. Außerdem sind die Container in keinem guten Zustand. Auch in der Gerbert-Schule ist in den vergangenen Jahren wenig passiert, sodass Renovierungsbedarf besteht. Herr Löschen berichtet weiter, dass sich die Arbeitskreismitglieder die umliegenden Grundschulen ebenfalls angeschaut haben, um einen kompletten Überblick zu bekommen. Dies hat gezeigt, dass die Grundschule Hohefeld in einem sehr schlechten Zustand ist. Alle Arbeitskreismitglieder haben sich für die Beschlussvorlage ausgesprochen. Die Heinrich-von-Oytha-Schule soll die Räumlichkeiten der Gerbert-Schule erhalten. Für die Grundschule soll ein neues Gebäude errichtet werden. Herr Löschen erörtert, dass auch überlegt wurde, einen anderen Standort für den Neubau der Grundschule vorzusehen. Aufgrund der vorhandenen Infrastruktur ist der Arbeitskreis einstimmig zu dem Schluss gekommen, dass ein anderer Ort nicht sinnvoll wäre. Ihm ist es wichtig, nun Klarheit zu schaffen und einen geraden Weg zu gehen, bei dem Kinder und Eltern mitgenommen werden. Eltern sollten Planungssicherheit bekommen. Bis zum Neubau einer Grundschule sind Übergangslösungen zu finden. Da Einigkeit im Arbeitskreis bestand, bittet er alle Ausschussmitglieder die Wahrheit nicht zu verkennen und die richtige Entscheidung zu treffen.

Für Ratsherr Karl-Heinz Krone ist die Fertigstellung in 2022/2023 nicht hinnehmbar. Die Erste Stadträtin erklärt, dass auf ihre Nachfrage hin, im Vorfeld kein Widerspruch gekommen ist.

Ratsfrau Marianne von Garrel führt aus, dass der Beschlussvorschlag vorsieht, dass die Schülerinnen und Schüler der Oberschule für weitere fünf Jahre in Containern untergebracht werden. Außerdem bedeutet der Grundschulneubau das Aus für Hohefeld, für die Gerbert-Schule muss eine Übergangslösung gefunden werden. Wie an der großen Beteiligung erkennbar ist, ist den Hohefeldern ihre Schule nicht egal. Solange der Elternwille zum Fortbestand der Schule besteht,

wird sie sich dafür einsetzen. Sie bittet darum, einen eigenen Arbeitskreis für die Grundschule Hohefeld zu bilden. Frau von Garrel bittet darum, den Passus, der die Grundschule Hohefeld betrifft, aus der Vorlage zu streichen.

Elternvertreterin Katrin Hardenberg setzt sich dafür ein, dass betroffene Eltern ebenfalls mitreden sollten. Gegen einen Neubau wird ihrer Meinung nach kein Elternteil sein. Sie bittet jedoch darum, die Situation in Hohefeld separat davon zu behandeln.

Ratsfrau Renate Geuter erörtert, dass es sich bei dem Beschlussvorschlag zunächst um einen Handlungsauftrag handelt, der gemeinschaftlich mit Inhalten zu füllen ist. Einzelheiten sind im Rahmen der Haushaltsberatung zu beschließen. Sie wünscht sich eine schnelle Umsetzung, die aber auch finanzierbar ist. Frau Geuter sieht neben dem Neubau keine parallele Lösung in Hohefeld. Wenn die Schule fertiggestellt ist, werden sich auch die Hohefelder Eltern für die gut ausgestattete Schule entschließen. Für sie ist es nicht ehrlich an dem Schulangebot in Hohefeld festzuhalten, dies weckt nicht realisierbare Hoffnungen. Unter Information und Begleitung durch die Eltern sollten die Ergebnisse des Arbeitskreises nun auf den Weg gebracht werden. Sie bittet darum, ehrlich zu sein und einen konkreten und guten Weg gemeinsam zu beschreiten.

Ratsherr Gerd Stratmann erklärt, dass der Arbeitskreis die ersten Ergebnisse vorgestellt hat. Er spricht sich dafür aus, diese mit den Eltern zu diskutieren und danach einen neuen Beschluss zu fassen.

Bürgermeister Sven Stratmann schlägt vor, den Beschlussvorschlag um die Beteiligung der Eltern zu erweitern. Er stellt klar, dass es nicht beabsichtigt ist, die Schule jetzt zu schließen, sondern dem Wunsch der Eltern und der Lehrkräfte nach Planungssicherheit gerecht zu werden.

Ratsfrau Melanie Buhr macht den Vorschlag unter Nr. 2 Satz 2 ein „gegebenenfalls“ einzufügen, um einen Kompromiss zu schließen.

Die Erste Stadträtin fragt sich, wie groß der Neubau der Schule werden soll, wenn keine konkreten Angaben erfolgen.

Ratsherr Karl-Heinz Krone möchte bei der 2,5-Zügigkeit bleiben und den zweiten Satz unter Nr. 2 entfernen.

Ratsherr Dennis Löschen kann dies nicht nachvollziehen. Er wirft der CDU/FDP-Fraktion vor, dass sie die Augen verschließen und den einstimmigen Vorschlag des Arbeitskreises kippen würden. Dies behindert die weiteren Planungen.

Ratsherr Andreas Tameling schlägt vor, ein Gespräch mit den Eltern zu führen, in dem mögliche Alternativen aufgezeigt werden, wenn es ihnen um Verlässlichkeit und Planungssicherheit geht.

Ratsfrau Marianne von Garrel bittet darum den Neubau zunächst für die Gerbert-Schule vorzusehen. Die Grundschule Hohefeld soll getrennt betrachtet werden.

Ratsherr Eike Baran entgegnet, dass dann nur ein Planungsauftrag für eine zweizügige Schule erteilt werden kann, da dies den Schülerzahlen der Gerbert-Schule entspricht.

Ratsfrau Renate Geuter fragt sich vor dem Hintergrund der baulichen Umstände welche Alternativen es für die Grundschule Hohefeld geben soll. Nach dem Gutachten kommt nur ein Neubau in Frage. Sie möchte die beteiligten Eltern und Lehrer mitnehmen und keine Erwartungen wecken, die nicht erfüllt werden können.

Daraufhin stellt Ratsherr Karl-Heinz Krone den Antrag den Satz 2 aus Nr. 2 des Beschlussvorschlags zu streichen und einen Passus der Elternbeteiligung hinzuzufügen. Der Antrag wird mit 9 Stimmen angenommen.

Der Schulausschuss empfiehlt mehrheitlich folgende Beschlussfassung:

1. Die Stadt Friesoythe entwickelt am Schulstandort in Altenoythe an der Schulstraße einen neuen Grundschulkomplex für die Gerbert-Schule.
2. Die neue Grundschule soll eine 2,5-Zügigkeit (=10 Klassen) mit Erweiterungsmöglichkeiten auf eine 3- bzw. 4-Zügigkeit gewährleisten, wobei die Fortsetzung der Kooperation mit der Sophie-Scholl-Schule mit zu berücksichtigen ist.
3. Das vorhandene Gebäudeensemble, einschließlich der jetzt noch von der Gerbert-Schule genutzten Räume, wird so umgestaltet, dass es den Anforderungen der Heinrich-von-Oytha-Schule gerecht wird.
4. Für die Raumplanungen werden die jeweils mit den Schulleitungen abgestimmten Raumkonzepte zugrunde gelegt.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit den Schulleitungen und den Elternvertretern ein Zeitkonzept für die genannten Maßnahmen zu entwickeln, wobei eine Umsetzung der Maßnahmen bis zum Schuljahr 2022/23 Ziel ist.
6. Für sich in der Zwischenzeit ergebende Raumbedarfe werden angemessen Containerlösungen eingesetzt.

TOP 12 Satzung zur Festlegung der Schulbezirke der Stadt Friesoythe
Vorlage: BV/117/2018

Die Erste Stadträtin erläutert, dass die Stadt Friesoythe der Aufforderung zur Festlegung von Schulbezirken nachkommen muss. In diesem Verfahren wurden Schulleitungen, Ortsvorsteher und der Stadtelternterrat beteiligt. Im gemeinsamen Gespräch mit den Friesoyther Grundschulen wurde vorgeschlagen, die innerstädtische Grenze zu verändern, um die Marienschule zu entlasten. Die Schulleitungen der kleineren Schulen haben sich für die Erweiterung der Schulbezirke ausgesprochen. Die Verwaltung hat diese Vorschläge übernommen und in der anliegenden Karte dargestellt. Da es im Kernort für den veränderten Bereich bereits Überschneidungen gab, rechnet Frau Hamjediers hier mit einer hohen Akzeptanz. Bei der Erweiterung für die kleineren Schulen könnte es Schwierigkeiten geben.

Ratsfrau Melanie Buhr äußert Bedenken zur Teilung der Ortschaft Schwaneburgermoor/Schillburg. Diese Ortschaft ist in den letzten Jahren stark zusammengewachsen. Die Kinder besuchen auch den Kindergarten in Friesoythe, sodass der Bezug zu Neuscharrel nicht gegeben ist. Die Grenze sollte anders gezogen werden. Gleiches gilt für Pehmertange.

Ratsherr Karl-Heinz Krone teilt die Bedenken seiner Vorrednerin. Er möchte ebenfalls die Teilung von Ortschaften vermeiden. Wichtig ist für ihn die Beteiligung der Eltern; auch der aus Schwaneburgermoor/Schillburg, da es dort keinen direkten Ortsvorsteher gibt. Eine Beteiligung dieser Ortschaft ist für ihn nicht erkennbar. Sollten die Eltern nicht einverstanden sein, sollte nachjustiert werden.

Die Erste Stadträtin möchte diesen Vorwurf zurückweisen und erklärt, dass die Eltern über den Stadtelternterrat beteiligt wurden, wie es das Schulgesetz vorsieht. Zusätzlich wurde der für Schwaneburg/Schillburg zuständige Ortsvorsteher, Herr Böckmann, befragt.

Bürgermeister Sven Stratmann bittet darum, Vorschläge zur Aufteilung zu unterbreiten.

Ratsherr Bernd Wichmann unterstützt ebenfalls die Ausführungen von Frau Buhr und Herrn Krone. Die gewachsenen Ortschaften und Bauerschaften sollten bestehen bleiben. Eine marginale Änderung der Bereiche ist in seinen Augen nur Symbolpolitik. Mit Hinweis auf die Stellungnahme der

Schulleiterin der Ludgeri-Schule schlägt er vor, die Grenzen, wie bisher angenommen, festzulegen.

Ratsfrau Melanie Buhr fasst zusammen, dass die genannten Punkt 1a-c der Sitzungsvorlage gestrichen werden und 1d beibehalten bleibt.

Dem Verwaltungsausschuss wird daraufhin einstimmig vom Schulausschuss folgende Beschlussfassung vorgeschlagen:

Die Schulbezirke der Schulen in Trägerschaft der Stadt Friesoythe werden entsprechend des anliegenden Satzungsentwurfs festgelegt, wobei für die Grundschulen die bisher gewachsenen Gebiete bestehen bleiben. Geändert wird der Einzugsbereich der ehemaligen Gemeinde Neuvrees, dieser wird der Grundschule Gehlenberg zugeordnet. Für Friesoythe bleibt es wie in der Satzung vorgeschlagen.

**TOP 13 Grundsatzbeschluss zum Fortbestand Friesoyther Grundschulen
Vorlage: BV/116/2018**

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erörtert, dass der Beschlussvorschlag in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen der Grundschulen entwickelt wurde. Bis auf die Leitung der Grundschule Neuscharrel haben alle Schulleitungen die Grenze von 30 Schülerinnen und Schülern bestätigt. Im Gespräch wurde sogar zunächst über eine höhere Anzahl gesprochen. Frau Kreienborg (Grundschule Kampe) hat den Vorschlag unterbreitet, einen 6-Jahres Zeitraum zu berücksichtigen. Frau Hamjediers bittet darum, dem Beschlussvorschlag zu folgen. Damit hat die Verwaltung eine Grundlage und kann in Gesprächen mit den Schulen konkrete Aussagen treffen. Derzeit ist es nur möglich bei Anfragen vage Antworten zu geben.

Ratsherr Karl-Heinz Krone spricht sich gegen einen Grundsatzbeschluss aus und möchte Einzelfallentscheidungen, wenn eine ordnungsgemäße Beschulung nicht mehr möglich ist.

Ratsherr Eike Baran sieht in diesem Tagesordnungspunkt einen wesentlichen Beschluss für die zukünftige Schullandschaft. Innerhalb der Fraktion hat es lange Gespräche gegeben. Sollte man keine Grenze setzen und die Schülerzahlen einer Schule drastisch sinken, weist die Landesschulbehörde ab einem gewissen Zeitpunkt keine bzw. sehr wenige Lehrer zu. Dies kann dann zu einer Schließung führen (Beispiel Neuvrees). Durch eine derartige Haltung gibt es für Eltern und Lehrer keine Perspektive. Er spricht sich dafür aus, dass, wenn Schülerzahlen erkennbar abnehmen, Verantwortung übernommen werden sollte. Für einen funktionierenden Schulalltag sind viele verschiedene Aufgaben zu erfüllen, z.B. die Inklusion oder die Integration. Mit einem sehr kleinen Kollegium ist dies nur schwer umsetzbar. Auch die weiteren Arbeitskräfte an einer Schule, wie z.B. Hausmeister oder Sozialpädagogen können nur schwierig ihre Arbeit leisten. Durch die Aufteilung der Fachkräfte auf viele Standorte, kommt es zu personellen und infrastrukturellen Problemen. Ein weiteres Thema sind Medien. Ein bestimmtes Budget muss nun auf viele verteilt werden, sodass für die einzelne Schule nicht viel übrig bleibt. Größere Anschaffungen sind daher kaum möglich. Herr Baran vertritt die Meinung, dass außerdem an sehr kleinen Schulen angeschaffte Geräte kaum ausgelastet sind und sich nicht rentieren. Er möchte nicht den Eindruck erwecken, Schulen aus finanziellen Gründen zu schließen. Herr Baran bittet darüber nachzudenken, wie das Geld verteilt wird. Er kann auch nachvollziehen, dass eine Grundschule für einen Ort wichtig ist. Dennoch kann eine Grundschule die Nachwuchsprobleme eines Dorfes nicht lösen. Für ihn ist es der Minimalansatz sich mit einer Schule zu beschäftigen, wenn die Schüleranzahl in absehbarer Zeit abrutscht. Darin sieht er ein wichtiges Signal für Eltern und einen richtigen Fortschritt.

Ratsfrau Melanie Buhr ergänzt, dass der Grundsatzbeschluss notwendig ist, um Planungssicherheit zu erzielen. Da der Vorschlag aus den Reihen der Schulleitungen kommt, die die tägliche Arbeit vor Ort leisten, sollte man diesem folgen. Einzelfallentscheidungen führen oftmals zu sehr emotionalen Debatten.

Ratsherr Bernd Wichmann sieht in den Ausführungen von Herrn Baran ein Plädoyer gegen kleine Grundschulen. Für ihn geht es nicht um die Frage kleiner oder großer Grundschulen, sondern um eine drohende Schließungsautomatik. Als gewählter Vertreter sieht er sich in der Pflicht die einzelnen Interessen zu vertreten und Prüfungen für jeden Grundschulstandort vorzunehmen. Eine Grundschule ist für ihn ein Stück dörfliche Identität.

Ratsfrau Renate Geuter stellt klar, dass es sich bei den Ausführungen ihrer Fraktion nicht um ein Plädoyer gegen kleine Grundschulen handelt. Für Friesoythe als Flächenkommune sieht sie die Notwendigkeit mehrerer Grundschulstandorte. Dennoch sind die Interessen der Eltern und Lehrer bei zurückgehenden Schülerzahlen zu betrachten. Eltern suchen sich, wie in Neuvrees oder auch bereits in Hohefeld alternative Schulen aus. Viele Lehrer bewerben sich an anderen Schulen. Sie sieht im Grundsatzbeschluss auch keinen Schließungsmechanismus, sondern die Handlungsoption mit den Beteiligten Gespräche zu führen und ggf. eine geordnete Auflösung zu organisieren. Wenn die Viertelzügigkeit einer Schule droht, sollten auf alle Fälle Gespräche geführt werden. Frau Geuter sieht die Stadt Friesoythe als Schulträger in der Pflicht in diesen Fällen Verantwortung zu übernehmen.

Erste Stadträtin Hamjediens gibt den Hinweis, dass der Grundsatzbeschluss kein „Freifahrtschein“ ist. Über jede Schulschließung muss einzeln beraten werden. Die Verwaltung hat hier den Ansatz der Schulleitungen aufgenommen und sich Klarheit erhofft. Ohne Beschluss sieht die Verwaltung keine Veranlassung zu handeln.

Ratsherr Christoph Böhmann spricht sich grundsätzlich gegen die Schließung von Grundschulen aus. Die Wahl eines Wohnortes kann sehr wohl vom Standort einer Grundschule abhängig sein. Er spricht sich dafür aus Gegenmaßnahmen für die Schließung einzuleiten, z.B. durch Schaffung von zusätzlichen Bauplätzen.

Ratsherr Andreas Tameling führt aus, dass durch den Grundsatzbeschluss die Schließungsthematik bereits für die Grundschulen in Hohefeld, Thüle und Neuscharrel akut ist. Wenn eine dauerhafte Abwanderung von Schülerinnen und Schülern erkennbar ist, sollte ein Verfahren zur Schließung eingeleitet werden.

Frau Hamjediens berichtet, dass auch die Änderung der Schulbezirke zur Stärkung von Schulen beitragen kann. So wurde z.B. bei Gesprächen in Neuvrees thematisiert, das Einzugsgebiet auf Ellerbrock auszuweiten. Ohne klaren Auftrag kann die Verwaltung nicht handeln.

Bürgermeister Stratmann ergänzt, dass die Stadt sich mit der Thematik auseinandersetzen muss. Derzeit wird nur die Verwaltung behelligt. Er fragt sich, was man den Kindern ohne konkrete Planung antut. Sein Ziel ist es eine gute Schullandschaft mit guter Infrastruktur und Ausstattung zu schaffen. Es ist keine Alternative keine Entscheidung zu treffen und die „Sache auszusetzen“. In den letzten 30 Jahren wurde diesbezüglich nichts unternommen. Nun muss es eine zukunftsfähige Planung geben, die Eltern Gewissheit verschafft. Er hat Verständnis dafür, dass die dörfliche Gemeinschaft sich auch mit einer Grundschule identifiziert; dennoch kann eine Schule den Erhalt eines Dorfes nicht sichern.

Ratsherr Karl-Heinz Krone möchte dem Grundsatzbeschluss nicht zustimmen; schlägt aber vor, sich mit den Grundschulen zu beschäftigen, wenn eine ordnungsgemäße Beschulung nicht mehr möglich ist. Die Schließung der Grundschule Neuvrees wurde schließlich auch vom Stadtrat beschlossen.

Ratsherr Bernd Wichmann sieht eine Vermischung von verschiedenen Thematiken. Über jede Schule muss einzeln beraten werden. Die Verwaltung hat die Entscheidungen vorzubereiten. Auf die Rückfrage des Bürgermeisters, wann sich die Verwaltung mit einer Grundschule beschäftigen soll, erklärt Herr Wichmann, dass dies einzeln entschieden werden muss und keine pauschale Grenze festgelegt werden soll.

Die Erste Stadträtin erklärt, dass die Schließung der Grundschule Neuvrees nicht vom Stadtrat beschlossen wurde, sondern dass die Schule rechtlich untergegangen ist.

Ratsfrau Melanie Buhr schlägt den Kompromiss vor, die Grenze nicht auf die Schließung der Schule zu beziehen, sondern darauf, dass die Verwaltung sich mit der Schule beschäftigt. Sie meint, dass die Schulleitungen dies beurteilen können.

Ratsherr Gerd Stratmann macht den Vorschlag auf die Hinweise und Vorgaben der Landesschulbehörde einzugehen. Erst dann, kann die Verwaltung tätig werden.

Die Erste Stadträtin mahnt, dass die Landesschulbehörde nicht tätig werden wird. Bei einer Schülerzahl von weniger als 26 Schülerinnen und Schüler rutscht die Schule in die Viertelzügigkeit. Dann ist nach Aussage der Schulleitungen keine vernünftige Beschulung mehr möglich. Die Verwaltung hatte die sinkenden Schülerzahlen in Neuvrees mitgeteilt, sollte aber nicht tätig werden. Sie sieht daher die Erforderlichkeit einer festgelegten Grenze.

Ratsherr Eike Baran erklärt, dass es keine Mindestschülerzahl in Niedersachsen gibt. In einer viertelzügigen Grundschule ist der Unterricht nicht mehr leistbar. Eine Schule hat qualitative Arbeit zu leisten, was bei einer so geringen Schüler- und Lehrerzahl sehr schwierig ist. Ab einem bestimmten Punkt sind Verfahren einzuleiten, die sich mit der Zukunft der Schule beschäftigen. Er zieht den Vergleich zu einem Insolvenzverfahren; wird nicht gehandelt, entsteht eine Art „Insolvenzverschleppung“.

Ratsherr Andreas Tameling weist darauf hin, dass der Klassenteiler bei 26 Kindern liegt. Bei 24 Kindern sind kombinierte Klassen zu bilden.

Ratsfrau Renate Geuter sieht die Erforderlichkeit einer Grenze, um den Stadtrat zu zwingen, sich mit der Schulsituation zu beschäftigen.

Ratsherr Eike Baran stellt den Antrag den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern: Der Halbsatz „...wird die Schließung der Schule eingeleitet.“ wird durch „...wird sich der Rat mit der Zukunft der Schule beschäftigen“. Der Antrag wird mit 7 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Der Schulausschuss empfiehlt daraufhin mehrheitlich folgenden Beschluss:

Soweit eine Grundschule über einen Zeitraum von drei Jahren eine Schülerzahl von 30 Schülerinnen und Schüler oder weniger ausweist, wird die Schließung der Schule eingeleitet. Dafür werden die Schülerzahlenprognosen für die weiteren drei Schuljahre zugrunde gelegt, wobei in dieser Zeit die Schülerzahl gesichert auf 30 Schülerinnen und Schüler oder mehr anwachsen muss, damit die Grundschule bestehen bleibt.

TOP 14 Anfragen und Hinweise der Einwohner

Schulleiter Rasmus Braun erkundigt sich, ob alle Maßnahmen 2022/2023 abgeschlossen sind oder nur der Grundschulneubau. Die Erste Stadträtin antwortet, dass die Gesamtmaßnahme dann abgeschlossen sein soll.

Darüber hinaus fragt Herr Braun nach, ob die Berechnung der Schulsekretärinnenstunden bearbeitet wurde. Er schlägt vor, die Lehrersollstunden ebenfalls als Kriterium zu berücksichtigen. Frau Hamjedi erklärt, dass verschiedene Modelle entwickelt wurden und im Mai ein Gespräch mit den Schulleitungen stattfinden wird.

Frau Anke Schütte berichtet, dass das Einschulungspotential in Hohefeld aufgrund verschiedener Einflüsse nicht ausgeschöpft wurde. Wegen der negativen Presse, der anderen Aufteilung im Kindergarten und falschen Informationen haben sich einige Eltern gegen die Grundschule Hohefeld entschieden.

Frau Michaela Fangmann-Bischoff bemängelt, dass Eltern der zukünftigen Schülerinnen und Schüler nicht beteiligt wurden. Sie berichtet, dass die Grundschüler über die Zeitungsartikel ent-

setzt waren. Die Lehrerinnen mussten Aufklärungsarbeit bei den Schülerinnen und Schülern leisten. Sie sieht auch Potenzial zusätzliche Flächen und Bauplätze zu schaffen, um die Schülerzahl zukünftig zu sichern. Der Bürgermeister ist für Vorschläge zum Ankauf zusätzlicher Bauflächen offen und bittet um Vermittlung geeigneter Flächen.

Entsprechend des Gutachtens sieht Frau Fangmann-Bischoff einen kurzfristigen Investitionsbedarf in Höhe von 175.000,00 €, um zwingende Maßnahmen durchzuführen, die allein aus Sicherheitsgründen notwendig sind. Sie wirft der Stadt vor, die Grundschule ausbluten zu lassen. Sie erkundigt sich, was mit dem Gebäude nach einer möglichen Schließung passieren wird. Auch bei einer Nachnutzung sind Investitionen erforderlich.

Die Erste Stadträtin berichtet, dass diesbezüglich noch keine Überlegungen angestellt wurden. Sie weist auf die hohen Emissionen bei der Grundschule hin.

Ein Zuschauer erkundigt sich, ob die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen für weniger Geld von Eltern oder anderen Hohefeldern erledigt werden können. Die Erste Stadträtin erklärt, dass dies nicht möglich ist. Die Stadt hat verschiedene Gesetze und Auflagen, wie z.B. die Ausschreibungspflicht für Bauleistungen. In 2004 wurde ein Grundsatzbeschluss gefasst, der keine weiteren Investitionen in die Grundschule Hohefeld vorsieht; lediglich notwendige Instandhaltungsmaßnahmen sollten durchgeführt werden. Die Zuschauer können nicht nachvollziehen, warum das Gebäude bewusst marode gemacht wurde.

Herr Gerd Meemken kann nicht nachvollziehen, warum die Schuleinzugsbereiche nicht verändert werden sollen. Kinder aus den Randgebieten müssen sowieso mit dem Bus gefahren werden und besuchen die überfüllten Schulen in Friesoythe, wo teilweise Unterricht im Container stattfindet. Die Grenzen sollten anders gezogen werden, um vorhandene Schulen mit Kapazitäten weiter auszulasten. Die Vorschläge der Eltern und Schulleitungen sind nicht berücksichtigt worden.

Bürgermeister Stratmann antwortet, dass die Auslagerung von Friesoyther Kindern in die Ortschaften bereits im Kindergartenbereich getestet wurde. Dies aber keinen großen Erfolg gezeigt hat.

Herr Markus Block bittet darum, die Anwohner über die Umsetzung und Gestaltung des Parkplatzes an der Realschule zu informieren. Er bemängelt, dass die Öffentlichkeit nicht mitgenommen wurde. Er fragt sich, ob der Schulleiter der Realschule einverstanden ist und ob Sichtdreiecke ausreichend eingehalten werden. Der Bürgermeister antwortet, dass die gesetzlichen Vorgaben berücksichtigt wurden und der Schulleiter Mitglied im Arbeitskreis war. Die Verwaltung ist verpflichtet eine gewisse Anzahl an Parkplätzen bereitzustellen, die auch unter dem Aspekt der Sicherheit zugänglich sein sollten.

TOP 15 Anträge und Anfragen aus der Mitte des Rates

Lehrervertreter Tobias Bögershausen erkundigt sich nach den Nutzungsverträgen für das aquaferrum. Diese wurden gekündigt, um neue Zeiten und Belegungen zu definieren. Da es sich bei der WIBEF um einen eigenständigen Betrieb handelt, ist die Beratung im Schulausschuss schwierig, erklärt die Erste Stadträtin. Sie wird ein Gespräch mit allen Beteiligten initiieren.

Heidrun Hamjediers
Erste Stadträtin

Wilhelm Bohnstengel
Ausschussvorsitzender

Marina Meemken
Protokollführerin